



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

Geschäftszahl 14.849/2-Pr.7/88

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

OR. Dr. Malousek

Klappe 5035 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die

Geschäftszahl dieses

Schreibens anführen.

Betreff: Entwurf eines Bundesge-
setzes über die Partner-
schaft für Freie Berufe
(Partnerschaftsgesetz);
Ressortstellungnahme

1. Juni 1988
Datum: - 1. JUNI 1988

Betrifft GESETZENTWURF	
Z'	42 - GE 9 88
1. Juni 1988	
Verteil	1. Juni 1988 <i>Reichenberger</i>

H. Bauer

Unter Bezugnahme auf die EntschlieÙung des Nationalrates anläÙlich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes, BGBl. Nr. 178/1961, beehrt sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Partnerschaft für Freie Berufe (Partnerschaftsgesetz) zu übermitteln.

25 Beilagen

Wien, am 27. Mai 1988

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Reyer



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

Geschäftszahl 14.849/2-Pr.7/88

An das
Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1070 W i e n

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

OR. Dr. Malousek

Klappe 5035 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die

Geschäftszahl dieses

Schreibens anführen.

1. Juni 1988

Betreff: Entwurf eines Bundesge-
setzes über die Partner-
schaft für Freie Berufe
(Partnerschaftsgesetz);
Begutachtungsverfahren;
Ressortstellungnahme

Unter Bezugnahme auf die do. Aussendung vom 29.3.1988, Zl. 7.021/39-I 2/88, beehrt sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten mitzuteilen, daß der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Partnerschaft für Freie Berufe (Partnerschaftsgesetz) vom ho. Ressortstandpunkt zu folgenden Bemerkungen Anlaß gibt:

1. Das im Entwurf vorliegende Bundesgesetz ist vom Standpunkt des Ziviltechnikerwesens im Hinblick auf den für die österreichische Wirtschaft überaus wichtigen Planungsexport sehr zu begrüßen. Der auf dem Weltmarkt immer mehr zunehmenden Nachfrage nach komplexen Consultingleistungen kann nur durch Bündelung von Befugnissen einzelner Ziviltechniker entsprochen werden. Dabei wird davon ausgegangen, daß Partnerschaften im Sinne des vorliegenden Gesetzentwurfes nicht nur unter Ziviltechnikern derselben Befugnisse eingegangen werden können. Durch die Zusammenfassung von Ziviltechnikern verschiedener Befugnisse zu einer Partnerschaft erscheint jedoch andererseits aus der Sicht des Bundes als bedeutsamer Auftraggeber die Entstehung haftungsrechtlicher Probleme nicht ausgeschlossen; deren Vermeidung, etwa im Wege entsprechender ver-

- 2 -

traglicher Vorsorgen, sollte bei der endgültigen Erstellung des gegenständlichen Entwurfes ho. Erachtens noch ein besonderes Augenmerk zugewendet werden.

2. Es wird angeregt, die im Bereich einzelner Freier Berufe bereits derzeit gehandhabten partnerschaftsähnlichen Formen anzuerkennen. Darüber hinaus sollten ho. Erachtens Überlegungen angestellt werden, die Gesellschaft bürgerlichen Rechts in Hinkunft praktikabler zu gestalten, dies insbesondere mit dem Ziel der Gerwerberechtsfähigkeit.
3. Bezüglich der in § 21 des Entwurfes vorgesehenen Körperschaftlichen Partnerschaft erscheinen eingehende gesetzliche Bestimmungen (z.B. über die sinngemäße Anwendung des GmbH-Gesetzes) notwendig.
4. Auf Seite 15 der Erläuterungen müßte in der achten Zeile das Zitat ho. Erachtens statt " § 19 Abs. 4 HGB" richtig "§ 19 Abs. 3 HGB" lauten.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Wien, am 27. Mai 1988

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

